

An einen Haushalt

Erscheinungsort
Sembach

Verlagspostamt Sembach 4132 P.b.b.

embacher
Nachrichten

Die ÖVP informiert
die Gemeindebevölkerung!

* Seite	I N H A L T	Bericht von:	*
* 3	Marktgemeinde Lembach i.M.	Dr. Helge Fosen	*
* 6	Altreifenbeseitigung	Johann Winkler	*
* 7	Chronik	Johann Winkler	*
* 9	Service	Ing. H. Ortner	*
* 11	Veranstaltungskalender	Johann Winkler	*
* 12	Sport (Ortsskimeisterschaft, Fußball, Sektion Eisschützen, Sektion Tischtennis)	Ing. H. Ortner Johann Winkler	*
* 16	Spaß und Rätsel	Ing. H. Ortner	*
* 17	Ihre Meinung bitte!	Paul Huebauer	*
* 18	15. Internationaler Wandertag am 1. Mai 1982	Ewald Baumüller	*
* 21	Zivilschutz Anhang	Johann Winkler	*
* Impressum:	<u>Eigentümer, Herausgeber und Verleger:</u> ÖVP-Gemeindeparteileitung Lembach i.M. <u>Für den Inhalt verantwortlich:</u> Johann Winkler, 4132 Lembach i.M. <u>Druck:</u> Eigenvervielfältigung		*

**GASTHOF
PENSION**

Altendorfer
DISKOTHEK – BAR

Gemütliche Speiseräume – Komfortzimmer

**4132 Lembach 17,
Tel. 0 72 86 / 257**



Marktgemeinde Lembach

Liebe Lembacherinnen und Lembacher !

Haben Sie sich eigentlich schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß eine Gemeinde wie Lembach gar kein so unbedeutender Wirtschaftskörper ist? Sie beschäftigt in Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben mehr als ein halbes Dutzend Arbeitnehmer, und ihr "Umsatz" beträgt laut Haushaltsvoranschlag 1982 nicht weniger als S 9,132.200,- im ordentlichen Haushalt und S 10,580.000,- im außerordentlichen Haushalt.

Na und, wird vielleicht der eine oder andere meiner geschätzten Leser sagen, warum geschieht dann nicht mehr? was macht die Gemeinde eigentlich mit diesen nicht unbeträchtlichen Mitteln? setzt sie sie mit der gebotenen Effektivität und Sparsamkeit ein? Noch dazu, wo das Geld ja durchwegs keine eigene Wertschöpfung der Gemeinde ist, sondern direkt oder indirekt aus dem von mir bezahlten Steuern und öffentlichen Abgaben stammt!

Letzteres bleibt unbestritten. Auch, daß die Gemeinde ihre Mittel nur äußerst rationell und sparsam zu verwenden hat.

Zu Ersterem muß aber doch gesagt werden, daß der Gemeinderat in seiner Entscheidung über die von Ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht völlig frei ist, im Gegenteil:

- Es gibt Ausgaben, welche den Gemeinden durch Gesetze unmittelbar vorgeschrieben sind, also gleichsam Steuern der Gemeinden wie beispielsweise der Beitrag zum Betriebsabgang der Krankenanstalten, die Landesumlage, mit welcher die Ungerechtigkeit des vertikalen Finanzausgleiches gemildert werden soll, oder die Sozialhilfeverbandsumlage.

- Es gibt Ausgaben, welche aus den den Gemeinden gesetzlich auferlegten Agenden zwangsläufig erwachsen wie beispielsweise der Personal- und Sachaufwand für die allgemeine Verwaltung und das Pflichtschulwesen, für den Straßenbau, für die Wasserversor-

gung, die Abwasserbeseitigung und die Müllabfuhr.

- Es gibt schließlich Ausgaben, die auf früheren Beschlüssen des Gemeinderates beruhen und denen man sich heute nicht mehr entziehen kann, Folgekosten also, Zinsen und Annuitäten; auch die Deckung des Abgangs früherer Haushaltsjahre gehört hierher.

Wie gesagt, der Gemeinderat ist bei der Erstellung des Budgets nicht frei, zwei Drittel der ihm zur Verfügung stehenden Mittel sind praktisch schon vergeben, ehe die Beratung über den Voranschlag überhaupt beginnen.

In der Hoffnung, damit die oben aufgeworfenen Fragen halbwegs zufriedenstellung beantwortet zu haben, lade ich hiemit ein, mit mir ein bißchen im Haushaltsvoranschlag 1982 zu blättern.

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Einnahmen	S	340.400,-	Ausgaben	S	1.454.900,-
-----------	---	-----------	----------	---	-------------

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Einnahmen	S	55.500,-	Ausgaben	S	134.300,-
			darunter für die Freiwillige Feuerwehr	S	104.700,-

Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Einnahmen	S	1.238.000,-	Ausgaben	S	2.659.500,-
			darunter für die Turn- und Sport-Union	S	20.000,-

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Einnahmen	S	300,-	Ausgaben	S	62.800,-
			darunter für die Fertigstellung der Restaurierung des Kriegerdenkmals	S	10.000,-
			und für den Musikverein	S	12.000,-

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Einnahmen	S	1.000,-	Ausgaben	S	11.500,-
-----------	---	---------	----------	---	----------

Gruppe 5: Gesundheit

Einnahmen	S	200,-	Ausgaben	S	454.100,-
			darunter für den Abgang der Krankenanstalten	S	407.700,-

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau

Einnahmen	S	370.000,-	Ausgaben	S	1.227.100,-
			darunter für die Schneeräumung	S	100.000,-
			für die provisorische Staubfreimachung der Verbindungsstraße zwischen Falkenstein-Landesstraße und Güterweg		
			Neubau	S	120.000,-
			für den Ortschaftsweg Raider und		

den Güterweg Neubau III S 98.000,-
und für die Sanierung des Güter-
weges Feichten S 300.000,-

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Einnahmen	S	4.000,-	Ausgaben	S	22.000,-
			darunter für den Verschöne- rungsverein S 10.000,-		

Gruppe 8: Dienstleistungen

Einnahmen	S	842.000,-	Ausgaben	S	722.400,-
darunter an Wasserzins S 260.000,- an Kanalbenützungsge- bühren S 290.000,- und an Müllabfuhrgebühren S 150.000,-					

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Einnahmen	S	5,969.300,-	Ausgaben	S	2,383.600,-
darunter Grundsteuer A A 32.600,- Grundsteuer B 340.000,- Gewerbesteuer S 900.000,- Lohnsummensteuer S 550.000,- Getränkesteuer S 500.000,- und Abgaben-Ertragsanteile S 3,497.600,-			darunter Landesumlage S 462.000,- Sozialhilfverbandsumla- ge S 542.400,- Zuführung an den a.o.Haus- halt für Volksschulneubau S 700.000,-, für die Sport- platzsanierung S 100.000,- und für die Daglesbachregu- lierung S 210.000,- und zur Abdeckung des Soll- Fehlbetrages 1979/80 S 320.700,-		

Einnahmen insgesamt	S	8,820.700,-
Ausgaben insgesamt	"	9,132.200,-
Abgang daher	S	311.500,-

Der außerordentliche Haushaltsvoranschlag sieht vier Vorhaben vor:

1. Die Fortsetzung des Volksschulneubaues ist mit S 6,650.000,-
Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.
2. Für die Daglesbachregulierung sind S 1,170.000,- vorgesehen,
für die vorläufig nur der oben erwähnte Anteilsbetrag aus dem
o.Haushalt von S 210.000,- zur Verfügung steht.
3. Die erste Etappe der Sportplatzsanierung wird S 760.000,- kosten,
wofür vorläufig ebenfalls nur der oben erwähnte Anteilsbetrag
aus dem o.Haushalt zur Verfügung steht.
4. Schließlich sind für Grundeinlösen im Zusammenhang mit dem Neubau
der Tannberg-Landesstraße noch ungedeckte S 2,000.000,- vorgesehen.

In der Hoffnung, Sie mit diesen vielen, nicht immer erfreulichen Zah-
len nicht gelangweilt zu haben, zeichnet mit ergebenen Grüßen

Ihr Dr. Helge Fosen

Landes-Natur- und Umweltschutzjahr 1982

Im Zuge der umfangreichen Bemühungen des Landes Oberösterreich, Abfallstoffe einer sinnvollen Wiederverwertung zuzuführen, wurde im Herbst des Vorjahres im ganzen Bundesland mit der Sammelaktion für Altreifen begonnen. In den rund 2 Monaten seit Einführung dieser Umweltschutzaktion konnten bereits 512.650 Kilogramm Altreifen gesammelt und zur Deponie in der Gemeinde Ohlsdorf transportiert werden.

Wie Landeshauptmann Dr. Ratzenböck dazu ausführt, hat das Land im Vorjahr 30 Großbehälter im Wert von 16,6 Millionen Schilling angekauft und im gesamten Bundesland an 25 zentralen Stellen, nämlich bei Reifenhändlern und bei Straßenmeistereien, aufgestellt. Die gesammelten Altreifen werden in den Containern zur Altreifen-deponie bei Ohlsdorf gebracht, dort dann zerkleinert und anschließend im Gmundner Zementwerk Hatschek in einem neu entwickelten Verfahren als Brennmaterial für die Zementerzeugung verwendet.

Den Vorteil der Altreifensammlung sieht Dr. Ratzenböck nicht nur in der wesentlichen Einsparung von Energie bei der Zementerzeugung, es wird auch die ungeordnete Ablagerung der Reifen in der Landschaft weitgehend vermieden. Darüber hinaus erhält das oberösterreichische Rote Kreuz einen Betrag von 50 Schilling pro Tonne Altreifen, was beim derzeitigen Sammelergebnis von rund 500 Tonnen 25.000 Schilling ergibt.

Im Bezirk Rohrbach wurden bisher ein Großbehälter bei der Firma Gebrüder Kirchberger, & Co. Ges.m.b.H., Neundling Nr.19, 4150 Rohrbach O.Ö. aufgestellt.

J. u. E. Wöss **Gasthof – Fleischhauerei**

Gutbürgerliche Küche

Großer Veranstaltungssaal

Lembacher „Tenne“, Tel. 0 72 86 / 275

1932

C H R O N I K

- 11.4. Brand bei Rupert Brandl, Lembach 59 und Josef WöB, Lembach 58.
- 11.6. Brand bei Franz Reisinger, Lembach 91
- 5.11. Brand bei Richard Schürz, Obernort 9
- 28.2. wurde der bisherige Gemeindewachmann und Diener Ignaz Wollinger in den Ruhestand versetzt und ihm eine Gnadenpension von monatlich 20 S zuerkannt.
- 28.3. Ignaz Wollinger wurde neuerlich zum Gemeindewachmann und Diener bestellt
- 26.6. kündigt Franz Eilmannsberger das in seinem Hause in Lembach Nr. 8 untergebrachte Arrest-lokal
- 11.12. beschließt die Gemeinde die Regelung des Robotwesens
wurde Otto S c h ü r z als definitiver Gemeindewachmann und Diener in Verbindung mit der Funktion eines Schubstationsleiters und Schuldieners bestellt.
- 5.2. starb der frühere Schulleiter Karl Altwirth
- 14.6. zwischen 11 und 12 Uhr ging über dem Ort ein kurzes, aber heftiges Gewitter nieder, welches die in der Schule verbliebenen Kinder in Angst und Schrecken versetzte.
Ein Blitzstrahl fuhr in das Haus des Heinrich Hötzendorfer (Nr. 79), glücklicherweise ohne zu zünden, beschädigte aber einen Fensterstock und richtete in der Stube Verheerungen an. In der Stube war zufällig niemand anwesend. Der Sohn des Besitzers namens Rudolf Hötzendorfer, der sich im Vorhaus befand, wurde am Fusse leicht verletzt.

1 9 5 7

- 31.7. feierte der allseits beliebte Bürgermeister Karl S t a d t seinen 60. Geburtstag. Die Bevölkerung von Lembach nahm daran regen Anteil. Vor dem Hause des Bürgermeisters war die Musikkapelle aufgestellt, die dem Geehrten ein Ständchen brachte. Anschließend beglückwünschten ihn der Bezirkshauptmann ORR Dr. Wilhelm Blecha, Oberschulrat Franz Lifka namens der Gemeinde, Feuerwehrkommandant Josef Baumgärtner, Vizebürgermeister Stuböck, Gend.-Postenkommandant RevInsp. Laschitz, die Vertretung der Kirche u.v.a.

Anschließend ging es bei flotten Marschklängen in das Gasthaus Jakschy, wo der Gefeierte bei gemütlicher Unterhaltung im Kreise seiner Freunde noch lange Zeit verblieb.

- 6.11. starb un erwartet der Altbürgermeister Eduard Baumüller an der heimtückischen Grippe. Die Beliebtheit seiner Person zeigte sich so recht beim Laichenbegängnisse. Eine übersehbare Menschenmenge gab ihm das letzte Geleit. In Ansprachen am offenen Grabe würdigten seine Verdienste Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach, sowie Vertreter der hiesigen Gemeinde und sonstigen Körperschaften. Die Sparkasse Lembach verlor in ihm einen treuen Mitarbeiter.
- 30.12. Die Grenzänderung zwischen Lembach und Niederkappel und zwar im Bereich der Ortschaften Römersdorf, Ritzersdorf und Raiden wurde von der o.ö. Landesregierung abgelehnt.

Die Gemeinde Hörbich wurde ab 1.1.1958 aus dem Sprengel des Bezirksgerichtes Rohrbach ausgeschieden und dem Sprengel des Bezirksgerichtes Lembach zugewiesen.

Nachtrag:

Von Beginn bis Mitte Juli herrschte eine ungeheure Hitzewelle.

Die Temperatur stieg bis über 30° C an. Um den 20. Juli setzten ausgiebige Niederschläge ein, die ein starkes Ansteigen der Flüsse und somit Hochwasser mit sich brachten.

EX-
LIBRIS 

service



Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge

Arten von Beihilfen

1. Laufende monatliche Beihilfen in der Höhe von S 500.-- bis zu S 1.000.-- (bei besonderer Bedürftigkeit)
 - a.) bei einer Lehre außerhalb des Heimortes mit Unterbringung in einem Lehrlingsheim
 - b.) bei täglichem Pendeln (über 2 Stunden Zeitaufwand od. über 10km Entfernung od. über S 190.-- monatl. Fahrtkosten)
 - c.) bei einer Lehre am Heimatort oder dessen Nähe, wenn das Familieneinkommen unter 1/2 der Einkommensgrenze liegt.
2. Einmalige Beihilfe in der Höhe von S 1.000.-- bis S 1.500.-- (bei besonderer Bedürftigkeit) einmal jährlich als Zuschuß zu den Kosten der Internatsberufsschule, Arbeitskleidung sowie für Lehrlinge mit Kost und Quartier.

Voraussetzungen

1. Die Ausbildung hat in einem Lehrberuf zu erfolgen.
2. Das Familieneinkommen liegt unter der festgelegten Einkommensgrenze. Die Einkommensgrenze beträgt S 5.700.-- (für den Familienerhalter) plus 20 % = 1.140.-- (für jede Person im Familienverband für die die Eltern unterhaltspflichtig sind.
z.B.: Familie mit einem Lehrling und drei weitere unversorgte Kinder.
 $5.700.-- + 5 \times 1.140.-- = 11.400.--$ darf das Familieneinkommen nicht übersteigen. Nicht zum Einkommen zählt Familienbeihilfe, Wohnungsbeihilfe sowie Hilflosenzuschuß etc.
Bei Landwirten wird das Einkommen auf Grund des Einheitswertbescheides errechnet.
3. Der Beihilfenwerber muß für den Lehrberuf geeignet sein. Die Beratung mit der positiven Feststellung der Eignung hat von einem Berufsberater vor Beginn der Lehre zu erfolgen.
4. Die Begehrensstellung muß zeitgerecht erfolgt sein, das heißt:
 - a.) vor Beginn der Lehre, oder
 - b.) bis zum Ende der Probezeit unter der Bedingung, daß vor der Lehre bereits ein Beratungsgespräch mit dem Berufsberater stattgefunden hat.

Begehrensstellung

Das Begehren um Gewährung einer Ausbildungsbeihilfe ist beim Arbeitsamt unter

Verwendung der dort erhältlichen Formulare vom Begehrssteller (bei Minderjährigen vom gesetzl. Vertreter) einzubringen. Die Einbringung kann auch auf dem Postweg erfolgen.

Folgende Nachweise sind zu erbringen:

- a.) Einkommensnachweis
- b.) Nachweis über das Lehrverhältnis
- c.) Nachweis über die Kosten der Unterbringung bei auswärts Lernenden.

ÖBB-Ermäßigungen

Die ÖBB stellt Ermäßigungsausweise für Lehrlinge aus. Dieser berechtigt zum Fahren auf allen Schienenstrecken der ÖBB zum halben Preis. Diese Ermäßigungskarte ist an jedem Bahnhof erhältlich. Für die Ermäßigungskarte muß ein Antrag ausgefüllt und vom Lehrherrn bestätigt werden (oder Lehrvertrag mitnehmen). Ein Lichtbild ist für den Ausweis ebenfalls erforderlich. Pro Kalenderjahr muß eine 50-Schilling-Stempelmarke geklebt werden.



ACHTUNG: T Y P I S I E R U N G E N von Kraftfahrzeugen in Rohrbach wieder möglich!

Jeden 1. und 3. Dienstag in Monat
von 8.30 - 11.30 Uhr und von 13.30 - 15.00 Uhr nimmt die zuständige Abteilung der Landesregierung in Rohrbach folgende Überprüfungen auf dem Gelände der Straßen -
meisterei ab:

- 1.) Einzelprüfungen (Typisierungen) von Kraftfahrzeugen und Anhängern, die nicht älter als 3 Jahre sind;
- 2.) Genehmigung von Umbauten an Fahrzeugen;
- 3.) Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern gem. § 56 KFG 1967



Neuregelung bei der Geburtenbeihilfe

WICHTIG FÜR ELTERN DEREN KINDER 1980 oder 1981 GEBOREN SIND.

Aus Anlaß der Geburt eines Kindes wurde bis 31.12.1981 eine Geburtenbeihilfe von insgesamt S 16.000.-- (8.000.-- bei der Geburt, weitere 8.000.-- bei Vollendung des 1.Lebensjahres) gewährt.

Seit 1.1.82 wird nun ein 3. Teil, das sind S 3.000.-- nach Vollendung des 2. Lebensjahres gegeben. Der 3. Teil der Geburtenbeihilfe beträgt für die im Jahre 1980 und 1981 geborenen Kinder S 1.000.--, für alle nach dem 31.12.1981 geborenen Kinder S 3.000.-- je Kind. Voraussetzung für die Auszahlung des 3. Teiles ist daß die ärztlichen Untersuchungen laut Mutter-Kind-Pass ordnungsgemäß erfolgt sind.

18. April 1982
Sonntag 12.00^h

Geländeslalom für Autos und
Motorräder in Oberlembach
Veranstalter FF Lembach

24. April 1982
Samstag 20.00^h

KASERMANDLN (Klaus und Sepp)
Gasthof Wöß, Tenne

25. April 1982
Sonntag
08.00 bis 15.00^h

AUSSTELLUNG von Trachten, Handarbeiten
Ziergegenständen etc., die in den div.
Kursen von Frauen aus Lembach hergestellt
wurden; bei der Ausstellung werden Bauern-
krapfen angeboten. Pfarrheim Lembach
Veranstalter: Ortsbäuerin, Goldhaubengruppe

1. Mai 1982
Samstag

15. Internationaler Volkswandertag
3. Welt-Basar EZA-Markt

2. Mai 1982
Sonntag 07.30^h

Florianimesse gestaltet von der FF Lembach
und der Musikkapelle

8. Mai 1982
Samstag vor Mutter-
tag 20.00 Uhr

Konzert der Musikkapelle
(Marktplatz oder Gasthof Wöß, Tenne)

23. Mai 1982
Sonntag

TRACHTENSONNTAG gestaltet von der Gold-
haubengruppe; Ausrückung der Musikkapelle

26. Juni 1982
Samstag 20.00^h

Darbietung des Mühlviertler Singkreises
und einer Gesangsgruppe aus Südtirol
Gasthof Wöß, Tenne

t

T

tten

es

de

se

e

en

sicherte sich Georg MEISINGER vor seinem Bruder Erwin.

die Tagesbestzeit aber fuhr Gerhard GROSSHAUPT in der Gästeklasse.

Bei der Siegerehrung im Gasthaus Altendorfer konnte Bürgermeister ÖR. Alois Hötzenborfer an folgende Läuferinnen und Läufer Pokale, Medaillen und Urkunden überreichen:

Schüler I, weibl.:

1. Brigitte Pumberger, 2. Jutta Burgstaller,
3. Elisabeth Kneidinger.

Schüler I, männl.:

1. Thomas Lang, 2. Martin Eilmannsberger,
3. Thomas Draxler.

Schüler II, männl.:

1. Michael Timpner, 2. Andreas Haderer,
3. Andreas Venus.

Jugend, männl.:

1. Martin Hackl, 2. Reinhard Hofman,
3. Hubert Hauzeneder.

Allgem.Klasse weibl.:

1. Maria Meisinger, 2. Regina Kramel,
3. Dagmar Witzersdorfer.

Allgem.Klasse männl.:

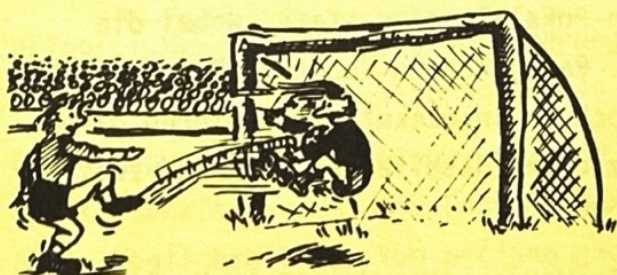
1. Georg Meisinger, (Ortsmeister), 2. Erwin Meisinger,
3. Johann Hötzenborfer.

Altersklasse männl.:

1. Franz Brunner, 2. Fritz Timpner,
3. Friedrich Falkner.

Gästeklasse:

1. Gerhard Großhaupt (Tagesbestzeit) 2. Johann Brunner,
3. Josef Kaindlbinder.



Fußball

SPIELTERMINE DER FRÜHJAHRSMEISTERSCHAFT 1982

Hellmonsödt	-	Lembach	14. März	1982
Lembach	-	Austria Tabak	21. März	1982
Admira	-	Lembach	28. März	1982
Lembach	-	Wartberg/A	4. April	1982
Naarn	-	Lembach	10. April	1982
Lembach	-	Schwertberg	18. April	1982
St. Georgen	-	Lembach	25. April	1982
Lembach	-	Westbahn	2. Mai	1982
Edelweis	-	Lembach	9. Mai	1982
Lembach	-	Lasberg	14. Mai	1982
Baumgartenb.	-	Lembach	23. Mai	1982
Lembach	-	Münzbach	6. Juni	1982
Rohrbach	-	Lembach	13. Juni	1982

Termine Nachtragsspiele:

Münzbach	-	Lembach	20. Mai	1982
Lembach	-	Rohrbach O.Ü.	29. Mai	1982
Hellmondsödt	-	Lembach	31. Mai	1982
Lembach	-	Austria Tabak	10. Juni	1982

Sektion Eisschützen



Der Wettergott meinte es heuer recht gut mit den Eisschützen und so konnten sie von Mitte Dezember 1981 bis Anfang März 1982 die Anlage benutzen.

Am Stefanitag wurden zwei Turniere mit je 13 Mannschaften abgehalten, wobei die Lembacher Eisschützen beim 2. Turnier den Sieger stellten. Lembach konnte dabei auch den Wanderpokal, der seit 1973 von den Gemeinden Putzleinsdorf, Niederkappel und Lembach ausgeschossen wird, zum 3. mal hintereinander und damit endgültig gewinnen.

Weiters fand heuer zum erstenmal ein Junioren-Pokal-Turnier statt, wobei die Juniorenmannschaften von Lembach den 2. u. 3. Rang erobern konnten. Die Lembacher Eisschützen beteiligten sich dann weiters noch an insgesamt 21 Turnieren davon 2 Meisterschaften (Bezirk u. Gebiet), und erzielten dabei einen 1. Rang, zwei 2. und drei 3. Ränge.

Am 2.1. 1982 fand zum 5. mal das bereits zur Tradition gewordene Orts-Vereins-schießen statt. Der Eisschützenverein schätzt die gute Zusammenarbeit der örtlichen Vereine und ist stolz berichten zu können, daß heuer schon 15 Mannschaften teilgenommen haben. Heuer setzten sich zum 2. mal die Eisschützen durch und gewannen den von der Gemeinde vor 5 Jahren gestifteten Wanderpokal.

Ergebnisliste:

- | | |
|-----------------------|-----------------------------|
| 1. Eisschützen | 9. Fußball-Anhängerclub |
| 2. Fußball sen. | 10. Musik |
| 3. Imkerverein | 11. Jäger |
| 4. Kameradschaftsbund | 12. Skiclub |
| 5. Feuerwehr | 13. Tennis |
| 6. Bauernbund | 14. FC-Whisky (Fußballclub) |
| 7. Fußball jun. | 15. Turnverein |
| 8. Kath. Jugend | |

Bei den heuer zum zweitenmal stattfindenden Sommermeisterschaften wird sich Lembach mit zwei Mannschaften beteiligen. Die Heimspiele werden dabei heuer zum letztenmal in Putzleinsdorf ausgetragen, da sich die Asphaltbahnen in Lembach bereits in Bau befinden, und für die nächste Saison sicher zur Verfügung stehen werden.

Erfolgreiche Saison der Tischtennissektion

Wie zu erwarten war, verlief das zweite Jahr der Meisterschaft bereits um einiges besser, vor allem zurückzuführen auf die intensive und gute Trainingsarbeit des Herrn Wolfgang Kriegner und der doch schon vorhandenen Routine.

Da heuer einige Stammspieler teils aus beruflichen, teils aus schulischen Gründen nicht immer einsetzbar waren, wurde aus dem angestrebten Spitzenplatz leider nur ein guter Mittelfeldplatz.

Angespornt durch die teilweise wirklich guten Spielergebnisse, versuchten sich unsere Tischtennispieler heuer auch im Mühlviertler-Cup. Leider scheiterten sie an dem übermächtigen Gegner Schwertberg, nachdem sie in der ersten Runde über Bad Zell erfolgreich waren. Zur Zeit spielen sie im Trostbewerb und waren auch hier

erfolgreich - sie sind aus der Paarung Lembach : Mauthausen als Aufsteiger hervorgegangen und befinden sich weiterhin im Bewerb.

Der Höhepunkt des Tischtennisdaseins dieser jungen Sektion sollte heuer die Ortsmeisterschaft werden, die Ende Jänner vonstattenging. Bedauerlicherweise wurde diese Möglichkeit nur von wenigen genützt. Die dabei erwarteten Einnahmen blieben daher aus, und die Sektion kämpft weiter mit finanziellen Schwierigkeiten. Um die anfallenden Unkosten decken zu können, bleibt nur mehr die Hoffnung auf einen großzügigen Spender, dem der Tischtennissport ein Anliegen ist.

Um die Spielstärke im nächsten Jahr zu steigern, werden die bestehenden zwei Mannschaften auf eine reduziert. Man hofft nun dadurch den Durchbruch zur Spitze zu schaffen.



Georg Stadt

Heizungsbau, Wasser und Gas – Ölfeuerung

**Solaranlagen
und Wärmepumpen**

4132 Lembach/Mkr., Tel. 224

Spass & Rätsel

Suden- neger		Tätig- keit		schmal	röm. Quell- nympe	Hart- schalen- frucht		zu keiner Zeit	Kol- loid
Fuß- reise									
physik. Arbeits- einheit				hand- fester Mann		persönl. Für- wort			
Keller- meister	persönl. Für- wort		Koch- gefäß						
Zeichen für Nickel			japan. Strek- ken- maß						
Schul- tar- tuch									

10/7-2566

Politiker unter sich !

Leonid Breschnew, Margaret Thatcher und Ronald Reagan kommen nach einem Gipfel-treffen ins Plaudern.

Breschnew klagt: "Ich habe 15 Leibwächter, einer davon soll ein Verräter sein, u. ich komme nicht darauf, welcher !"

Thatcher klagt: "Im Betrieb meines Mannes arbeiten 15

junge Frauen, mit einer davon soll er mich betrügen, und ich komme nicht darauf, mit welcher !"

Schließlich mischt sich Reagan ein: "So ein Problem habe ich auch. Ich habe 15 Minister, einer davon soll intelligent sein, und ich komme nicht darauf, welcher !"

An den Staatsbürger !

Bundesministerium für Finanzen
Abteilung: L o h n f r a g e

An den Staatsbürger !

In Eledigung Ihres Ansuchens bezüglich einer Lohnerhöhung geht Ihnen folgende Erklärung zu:

- 1. Haben Sie überhaupt eine Ehre im Leib ?
- 2. Wissen Sie denn nicht, wie wenig Sie arbeiten ?

Wir werden es Ihnen vorrechnen :

Das Jahr hat bekanntlich 365 Tage, davon entfallen für täglich 8 Stunden Schlaf 122 Tage, sodaß nur mehr 243 Tage übrigbleiben. Täglich haben Sie noch 6,5 Stunden Freizeit, das sind 99 Tage, bleiben noch 144 Tage. 52 Sonntage hat das Jahr, an denen Sie noch von Ihrer Arbeit befreit sind, bleiben also noch 92 Tage. Samstags arbeiten Sie ebenfalls nicht, wodurch sich die Tageszahl um weitere 52 auf insgesamt 40 Tage verringert. Außerdem haben Sie noch 4 Wochen Urlaub, bleibt daher noch ein Rest von 12 Tagen! Das Jahr hat insgesamt 11 Feiertage - was bleibt übrig?

Sage und schreibe 1 Tag!!! Und das ist der 1. Mai, an dem Sie auch frei haben!

Und da wollen Sie eine Lohnerhöhung?

Wissen Sie was Sie sind?

Ein S t a a t s v e r r ä t e r ! ! !

Ihre Meinung bitte!

DIE QUAL DER WAHL von Paul Huebauer aus Haslach

Im kommenden Jahr sind wir alle wieder eingeladen, unsere Volksvertreter im Rahmen der Nationalratswahlen zu wählen.

Geht es Ihnen auch so, daß Sie angesichts der täglich anfallenden Skandal-meldungen in den Massenmedien an der Arbeit und am Verantwortungsbewußtsein unserer Politiker zweifeln ?

Können wir eigentlich noch sagen: "Diese oder jene Partei ist die beste und vertrauenswürdigste und die kann ich mit gutem Gewissen wählen" ?

Die SPÖ hat ihr AKH, die Müllverwertungsaffäre in Wien, das Millionending der Frau Minister Leodolter, die ÖVP Rabelbauer und WBO, die FPÖ will sich der Öffentlichkeit als "Saubermacher" vorstellen und vergißt dabei auf den ge - duldeten Postenschacher mit Ex-Finanzminister Androsch.

Sie alle haben Butter am Kopf und genießen ihre Machtstellung. Den Politikern bleibt leider nur mehr wenig Zeit, ihren wirklichen Aufgaben nachzukommen. Sind sie doch zusehr damit beschäftigt, lukrative Aufsichtsratsposten einzunehmen, Dienstreisen anzutreten und sich in der Öffentlichkeit "gut zu verkaufen". Wie kann es denn sein, daß fast alle staatlich geführten Betriebe horrenden Verluste bauen, die Sie und ich mit unseren Steuergeldern zahlen müssen.

Während wir täglich unseren Verdienst erarbeiten müssen, so mancher Ausgleichs-zulagenempfänger jeden Schilling vorher umdrehen muß, bevor er ihn ausgibt, ein momentan arbeitsloser Vater nicht weiß, wie er seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen soll, fließen Millionenbeträge durch dunkle Kanäle und auf fette Konten in der Schweiz oder Lichtenstein.

Daß dafür niemand verantwortlich ist, ist jetzt schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Ich frage mich deshalb : "Welchen Volksvertretern kann man das Vertrauen schenken ?" Oder "Soll man überhaupt noch wählen gehen ?"

Sie und ich werden das im kommenden Jahr jeder für sich entscheiden müssen.

Anm. der Redaktion: SCHREIBEN SIE UNS BITTE "IHRE MEINUNG" DAZU, WIR WERDEN SIE IN UNSERER NÄCHSTEN NUMMER VERÖFFENTLICHEN.

Schicken Sie Ihren Leserbrief bitte an Herrn Johann Winkler, Lembach Nr.78 oder an Herrn Herbert Ortner, Lembach Nr. 80.

15.

Internationaler Wandertag

1. Mai
in
1982

LEMBACH



Zum 15. Mal wiederholt sich am 1. Mai 1982 der Lembacher Wandertag. Ein kleines Jubiläum und daher Grund zu einer kurzen Rückschau.

Vor etwa 25 Jahren zeigte sich ein bedenklicher Rückgang an Urlaubsgästen in unserem Gebiet. Die Städter, Linzer wie Wiener, hatten scheinbar das Mühlviertel vergessen. Die Not der Nachkriegszeit war vorbei. Der begehrte Mühlviertler Speck und die Butter vom Lande waren nicht mehr gefragt. Die Städter konnten sich ja nun einen "besseren" Urlaub leisten. Italien, Jugoslawien oder zumindest der Neusiedlersee und das Alpengebiet liefen dem eher ruhigen Mühlviertel den Rang ab. Sicherlich war auch in unserem Gebiet ein großer Nachholbedarf an Fremdenverkehrseinrichtungen. Allerorts strengte man sich an, durch Verbesserung der Gast- und Beherbergungsbetriebe, der Wanderwege und durch die Schaffung von Freizeiteinrichtungen unser Mühlviertel für den Urlauber wieder interessant zu machen. Ein sehr schwieriges Bemühen gegen die übermächtige Konkurrenz.

Es bemühten sich die Gemeinden, die Gast- und Beherbergungsbetriebe und die örtlichen Verschönerungsvereine durch Schaffung von Fremdenverkehrseinrichtungen um den Gast.

In Lembach wurde der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund durch eine Wanderveranstaltung initiativ. Der ÖAAB Lembach versuchte mit einer großen Wanderveranstaltung den Wanderfreudigen aus nah und fern die landschaftlichen Schönheiten rund um Lembach zu zeigen und damit schließlich Werbung für einen Urlaub im Mühlviertel zu machen.

Bei der 1. Wanderung "Rund um den Ameisberg", bei herrlichem Frühlingswetter, wagten sich etwa 400 Personen auf die ca. 22 km lange Wanderstrecke. An zwei Jausenstationen (Pfarrkirchen, betreut von Fachlehrer Fellingner und Maria Bründl bei Putzleinsdorf, betreut von Kassenleiter Johann Falkinger) gab es Milch Käse- und Butterbrote gratis. Die Musikkapelle unter Kapellmeister Kaufmann spielte beim Start und Ziel

und beste Stimmung herrschte unter den Wanderern, bei denen sich auch der damalige 3. Präsident des OÖ. Landtages und Präsident des Landesschulrates Prof. Rödhammer befand. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, daß so etwas sich wiederholen müsse.

Der große Erfolg dieser Veranstaltung hatte sich auch rasch im ganzen Land herumgesprochen und bald fanden ähnliche Wanderveranstaltungen in vielen anderen Orten des Landes statt.

Der Zustrom zu unseren Wandertagen wurde immer größer und in den Jahren 1971 bis 1973 erreichten wir die großartige Zahl von ca. 5.000 Wanderern. Es gab zwar Orte, die in der Besucherzahl noch besser lagen, aber in einem waren wir immer Spitze, nämlich in der Betreuung und Gratisverpflegung der Wandergäste. Dies war nur möglich durch die stets großzügige Unterstützung durch die örtlichen Wirtschaftstreibenden und hier insbesondere der Molkerei Lembach. Auch im Bemühen, dem Gast immer wieder andere Teile unserer von landschaftlicher Schönheit gesegneten Heimat zu zeigen, waren wir ganz vorne. Es wurden immer wieder neue Wanderstrecken erschlossen, die selbst die Einheimischen nicht kannten und die alle begeisterten. Freilich gab es bei den vergangenen 14 Wandertagen auch "Tiefen", wenn uns an manchem 1. Mai das Wetter einen üblen Streich spielte und Schneestürme oder Regen mit Sturmböen so manchen Wandertag bei

nahe zum Scheitern brachten. Doch auch bei schlechtestem Wetter wagten sich an die 1000 Wanderer auf die Strecke. Interessant ist, daß die Wanderer aus allen Teilen Österreichs und sehr viele aus Bayern kommen. Die am weitesten angereisten Gäste kamen aus Berlin, der Schweiz, Frankreich und aus Ungarn.

Wir glauben, daß mit diesen Wandertagen beste Werbung für den Markt Lembach und seine nähere Umgebung gemacht wurde und mit diesen Wanderungen der Wandergedanke erst so richtig in die Bevölkerung getragen wurde.

So hat auch der ÖAAB einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Belebung des heimischen Fremdenverkehrs geleistet und so manchem die Liebe zur Landschaft und Natur neu entdecken lassen.

Am 1. Mai 1982 ist es wieder soweit: 15. Internationaler Wandertag in Lembach mit drei Wanderstrecken (Marathon: 42 km, Mittelstrecke: 22 km und kleine Strecke: 10 km)

Zahlreiche Jausenstationen (zwei davon mit Gratisjause) sorgen für das leibliche Wohl und am Ende der Wanderung gibt es wieder schöne Wanderauszeichnungen.

Die Wanderfreunde im ÖAAB sind wiederum bemüht alles zu unternehmen, daß auch dieser Wandertag zu einem schönen Erlebnis wird.

Es wäre der schönste Lohn für die Mühe der Funktionäre und Helfer, wenn neben den vielen Gästen auch die Lembacher sehr zahlreich an dieser Wanderung teilnehmen würden.

M A R A T H O N



Zivilschutz – ein Gebot der Stunde!

Zusammengestellt von: Herrn Amtstierarzt

M e r k b l a t t

OVR Dr. Rudolf BUCHMEISER

ZIVILSCHUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT

(Schutz vor radioaktivem Niederschlag)

R a d i o a k t i v e r N i e d e r s c h l a g ist kaum sichtbar, geruchlos und nicht spürbar. Man kann ihn nicht verbrennen oder durch chemische Mittel vernichten. Die gefährliche Strahlung nimmt selbsttätig (gesetzmäßig) ab. Ihre Folgen sind je nach Stärke, Zusammensetzung und Einwirkungszeit die akuten oder chronischen Strahlungsschäden (Strahlenkrankheit).

A) ZU TREFFENDE MASSNAHMEN:

Oberster Grundsatz ist der, daß radioaktiver Niederschlag weder auf die Haut, noch weniger in den Körper von Mensch und Tier gelangen soll!

Daher:

- 1) Beachte und erkenne die Warn- und Alarmsignale des Zivilschutzes.
- 2) Im zutreffenden Fall sofort ein Radio einschalten, um nähere Informationen zu erhalten.
- 3) Bei Gefahr "Radioaktiven Niederschlages" im Freien befindliche Tiere sofort in den Stall verbringen. Nach außen führende Türen und Fenster schließen, besser noch, mit Platten oder Sandsäcken abdichten, damit kein Staub eindringen kann.
- 4) Im Freien stehende Maschinen und dort gelagerte Futtermittel mit Plastikfolien abdecken, Silos schließen.
- 5) Den Heustock möglichst großflächig gleichfalls abdecken, da es kein staubdichtes Dach gibt.
- 6) Im Stall Futtermittel lagern, Kälber freilassen.
- 7) Die Familie in die zumindest provisorischen Schutzunterkünfte verbringen (an die Nahrungsmittel denken, Kofferradio und Medikamente mitnehmen). Provisorische Schutzkleidung (Kopfbedeckung, feuchtes Handtuch, abwaschbarer Mantel, Handschuhe und Gummistiefel) vorbereiten.

- 8) Schutzraum (Schutzunterkunft) aufsuchen. Informationen und Weisungen, die über Rundfunk gegeben werden, beachten.
- 9) Erlaubt die Strahlung das kurzzeitige Verlassen der Schutzräume (Mitteilung über den Rundfunk), dann nur in Schutzkleidung über den Hof gehen. Diese beim Betreten des Stalles ablegen und bei der Rückkehr von der Stallarbeit am besten unter einer Dusche kräftig abwaschen und dann erst ablegen und den Schutzraum wieder betreten.

B) NACH ENTWARNUNG UND ABKLINGEN DER STRAHLUNG AUF ERTRÄGLICHE WERTE:

- 1) Den noch immer radioaktiven Staub gezielt und systematisch durch Abspritzen mit Wasser (Druckspritze) von den Dächern, den Abdeckplanen, vom Hofboden etc. entfernen (auch hier noch Schutzkleidung tragen).
- 2) Eventuell sich krank zeigende Tiere melden (Tierarzt oder Amtstierarzt) - Telefon dazu benutzen.
- 3) Die über Rundfunk erhaltenen Weisungen bezüglich der Nutzbarkeit von Futterpflanzen sowie der Verwertung von Milch und Fleisch und sonstiger landwirtschaftlicher Produkte befolgen.
- 4) Für den Eigenbedarf vorläufig nur Nahrungsmittel verwenden, die vor dem Ereignis gewonnen wurden und staubsicher gelagert waren.

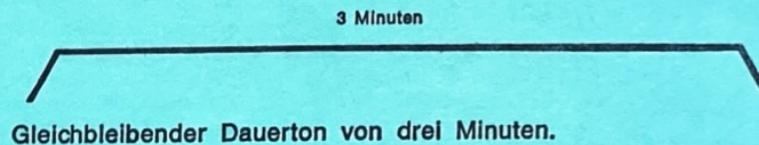
Denke daran, daß diese aufgezeigten Maßnahmen nur durchführbar sind, wenn die Vorbereitungen dazu in noch sicherer Zeit getroffen wurden und der Notfall auch oft ungewöhnliche Methoden verlangt.

Zitat von LH Dr. Josef Ratzenböck:

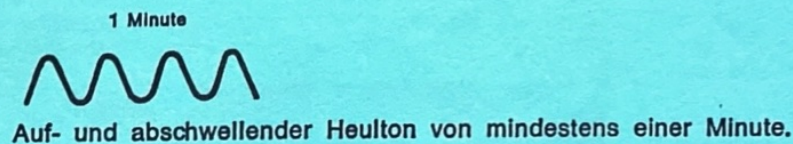
Zivilschutz – ja,
damit,
wenn etwas passiert,
nichts passiert!

Warn- und Alarmsignale für den Zivilschutzfall

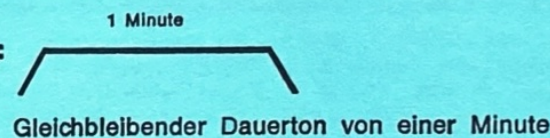
1. Warnung:



2. Alarm:

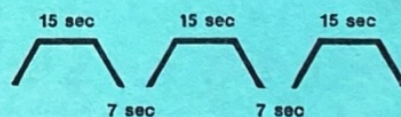


3. Entwarnung:



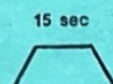
Feuerwehrsinal für den Brand- und Katastropheneinsatz der Feuerwehren

Feuerwehreinsatz:



Dauerton 3 x 15 Sekunden
 Unterbrechung 2 x 7 Sekunden
 Das Signal ist im Bedarfsfall zu wiederholen

Sirenenprobe



Jeden Samstag um 12 Uhr, Dauerton von 15 Sekunden

Landes-Natur- und Umweltschutzjahr 1982

Jedermann ist zum Mitmachen eingeladen

Die besten Gesetze wären unnütz, würde nicht die Bevölkerung aktiv mitarbeiten, erklärte anlässlich der Proklamation des Naturschutz- und Umweltschutzjahres in Oberösterreich Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck in einer Pressekonferenz.

Anlässlich der Landtagswahl im Jahre 1979 hat die ÖVP ihre Vorstellungen für die nächste Legislaturperiode bis Mitte der 80er Jahre mit dem Modell Österreich vorgestellt. Dabei wurde dem Umweltschutz ein umfassender Teil gewidmet. Im Jahre 1981 hat die Landes-VP bereits die Aktion „Grünes Oberösterreich“ gestartet.

Umwelt-Verantwortung

Die Bedeutung, die die oberösterreichische Volkspartei

der Erhaltung eines lebenswerten Oberösterreich beißt, dokumentiert sie nun durch engagierte Mitarbeit im „Jahr des Natur- und Umweltschutzes 1982“, das von der oberösterreichischen Landesregierung proklamiert wurde. Es muß in diesem Jahr ein Anliegen sein, die bisherigen Umweltbestrebungen fortzusetzen und ihnen noch mehr Gewicht und Bedeutung zu geben. Wir wollen dieses Jahr zum Anlaß nehmen, möglichst viele anstehende Probleme in

Angriff zu nehmen. Gleichzeitig soll dieses Jahr ein Anstoß für alle Oberösterreicher sein, sich ihrer Verantwortung für unser Bundesland bewußt zu werden, und noch aktiver an seiner umweltgerechten Erhaltung mitzuwirken.

Ziele des Natur- und Umweltschutzjahres 1982

■ In breiten Bevölkerungskreisen das Bewußtsein für Fragen der Landschaftserhaltung, des Schutzes unserer Umwelt, vor allem aber der Erhaltung und Wiederherstellung des Gleichgewichtes der Natur zu wecken.



Fordern Sie diesen Aufkleber gratis an!

■ Das Natur- und Umweltschutzjahr soll darüber hinaus zu verantwortungsvollem Gebrauch von Energie und Rohstoffen anregen und Möglichkeiten der Erhaltung der menschlichen Gesundheit und ihrer Bewahrung vor Zivilisationschäden als vorrangige Aufgabe der Politik aufzeigen.

IMAS-Umfrage: Oberösterreicher sind mit LH Dr. Ratzenböck zufrieden

Seit seinem Amtsantritt ist es Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, wie kaum einem anderen Politiker in Österreich, gelungen, ständig seine Beliebtheitskurve auszubauen.

Daneben ist aber auch die „Leistungskomponente“ in seinem Image ständig stärker geworden. Heute finden 83 Prozent der Oberösterreicher, daß Josef Ratzenböck bisher seine Sache als Landeshauptmann gut gemacht hat, nur 6 Prozent sind mit seiner Politik nicht ganz zufrieden und 12 Prozent sind unentschieden. Diese Zustimmung zu seiner Amtstätigkeit zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten und ist auch bei den SPÖ-Anhängern mit über einer Zweidrittel-Mehrheit (SPÖ-Anhänger: 71 Prozent sagen, LH hat seine Sache gut gemacht, 11 Prozent sind nicht ganz zufrieden, 18 Prozent unentschieden) deutlich vorhanden, geht aus der neuesten IMAS-Umfrage über die politische Situation in Oberösterreich hervor.

Unsicherheit in Landes-SPÖ über Karl Grüner

Generell zeigt die Umfrage eine weit verbreitete Unsicherheit und skeptische Zukunftserwartung bei den Anhängern der Landes-SPÖ. Der angekündigte, aber noch nicht vollzogene Führungswechsel bei der SPÖ und andere offene personalpolitische Entscheidungen der Landes-SP sowie der von der Bevölkerung empfundene Mangel an überzeugender sachpolitischer Alternative der Landes-SP gegen-

über der Politik der Landes-VP und ihres Landeshauptmannes spiegeln sich auch in der Frage nach den Prognosen für Karl Grüner, erläuterte VP-Landespartei sekretär Mag. Kukacka.

Insgesamt vermuten 26 Prozent der Oberösterreicher, daß Grüner nicht bzw. nicht mehr Erfolg haben wird als Hartl, und nur 17 Prozent sind der Meinung, daß er eher mehr Erfolg haben wird, 56 Prozent der Oberösterreicher kennen Grüner nicht bzw. nicht genügend, um hier eine Auskunft geben zu können (Grüner: 17 Prozent eher mehr Erfolg als Hartl, 11 Prozent eher weniger

Erfolg, 16 Prozent kein Unterschied, 56 Prozent kennen ihn nicht bzw. nicht genügend). Dieser Befund wird weitgehend auch von den SPÖ-Anhängern vertreten (Grüner: 20 Prozent eher mehr Erfolg, 10 Prozent eher weniger Erfolg, 19 Prozent kein Unterschied, 51 Prozent kennen ihn nicht bzw. nicht genügend). Diese eher dürfte Ausgangsposition des SPÖ-Spitzenkandidaten liegt vor allem darin begründet, erklärte Mag. Kukacka, daß in der Meinung der Öffentlichkeit kein Bedürfnis nach einer Alternative zur Person und Politik von Landeshauptmann Dr. Ratzenböck bestehe.

Ein Herz für die Pendler

Im Juni 1978 wurde in der Gemeinde Königswiesen das erste Pendler-Wartehäuschen vom Land aufgestellt. Bis heute kaufte das Land insgesamt 551 solcher Häuschen an und teilte sie auf 327 oberösterreichische Gemeinden auf. Mit dem auf Antrag von Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gefaßten Beschluß der Landesregierung, im heurigen Jahr zusätzlich 2 Millionen Schilling für diese Aktion bereitzustellen, können heuer neben den bereits 12 angekauften Wartehäuschen noch 45 weitere den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. LH Dr. Ratzenböck hat auch die oö. Fernpendlerbeihilfe durchgesetzt. Das Land tut wirklich etwas für unsere Pendler, die darauf angewiesen sind, täglich zwischen

Wohnort und Arbeit hin- und herzufahren. LH Dr. Ratzenböck dazu: „Jetzt soll auch der Bund den Pendlern helfen und eine steuerlich absetzbare Pendlerpauschale einführen!“

Machen Sie mit!

Einen umfassenden Vorschlagskatalog zum „Natur- und Umweltschutzjahr 1982“ mit konkreten Aktionsbeispielen für Gemeinden, Vereine, private Organisationen und Einzelpersonen präsentierte der VP-Aktionskreis „Grüne Welle“ kürzlich in Linz. Mit diesem Arbeitsbehef, den jedermann kostenlos von der Aktion „Grüne Welle“ in Linz, Obere Donaulände 7, Telefon (0732) 7131123, anfordern kann, will die Landes-VP ihre engagierte Mitarbeit im „Jahr des Natur- und Umweltschutzes 1982“, das die oö. Landesregierung kürzlich proklamierte, beweisen.

Die ÖVP Oberösterreich wird vom 5. bis 12. Juni 1982 eine „Woche des Natur- und Umweltschutzes“ in Oberösterreich durchführen.

GRÜNE-WELLE-Broschüren

Die „Aktion Grüne Welle“, Obere Donaulände 7, 4020 Linz, Tel. 0732/71311/23 DW, sendet Ihnen auf Anforderung gerne kostenlos folgende Broschüren:

- ☐ Radfahrkonzept
- ☐ Energiesparfibel
- ☐ Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen VP-Grundsätzen und „Grünen“-Grundsätzen.
- ☐ Aufkleber „Grüne Welle“
- ☐ Aktionskatalog „Natur- und Umweltschutzjahr“
- ☐ Natur- und Umweltschutzplan der Landes-VP

Name:

Adresse:



Sichere Arbeitsplätze auch in OÖ.

Gegen Wiener UNO-Konferenzzentrum!

Alle oö. VP-Landtagsabgeordneten haben den Antrag zur Einleitung eines Volksbegehrens unterschrieben, wie dies der Paragraph 3, Abs. 3 des Volksbegehrensgesetzes vorsieht. **Zugleich appellierte die Landes-VP an alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, insbesondere an jene, die in wirtschaftlichen Problemgebieten und Randzonen unseres Landes wohnen, das Volksbegehren zu unterstützen.**

Eingeladen dazu ist auch die Landesgruppe Oberösterreich der Bauarbeitergewerkschaft, die erst vor kurzer Zeit bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck vorgesprochen hat, mit dem Ersuchen, baureife Projekte umgehend in Angriff zu nehmen.

Die Landes-VP befürwortet den Einsatz öffentlicher Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze, jedoch nicht nur in Wien, sondern auch in Oberösterreich. In Oberösterreich gibt es 20.700 Arbeitslose (Stand: 15. 1. 1982). Seit dem 31. 12. 81 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in Oberösterreich um 4020 Arbeitssuchenden.

Mehr ist zuwenig

Der oberösterreichische Landesrat Ernst Neuhauser berührte sich, daß er — „um Wiedereinstellungen der arbeitslosen Bauarbeiter zu ermöglichen“ — den vorzeitigen Bau von 550 Wohnungen vereinbart habe.

Gleichzeitig kam auch eine Meldung des ebenfalls sozialistischen Gewerkschaftssekretärs der oberösterreichischen Bau- und Holzarbeiter. Der brave Genosse versuchte zu begründen, warum auch seine Landesgruppe für den Konferenzbau in Wien eintrete: Wollte man an seiner Stelle ums selbe Geld Wohnungen bauen, dann entfielen auf Oberösterreich nur 576 Wohnungen.

Und das sind zuwenig. 550 Wohnungen sind also genug, um arbeitslose Bauarbeiter wieder einzustellen. Mehr als 550, nämlich 576, sind dagegen zuwenig. Eine seltsame Logik.

Peter Klar im Volksblatt v. 11. 2. 1982

de! Das bedeutet gegenüber Dezember 1980 eine **Steigerung von 111,65 Prozent!** Diese Zahl untermauert eindringlich die berechnete Forderung, öffentliche Gelder in Oberösterreich durch den raschen Bau von sinnvollen Projekten einzusetzen. Nach Berechnungen der Landes-VP würden von den für das UNO-Konferenzzentrum erforderlichen 7,5 Milliarden Schilling — entsprechend dem Bevölkerungsanteil — **mehr als 1,1 Milliarden Schilling dem Bundesland Oberösterreich** zustehen. LPS Labg. Kukacka konkretisierte die Vorstellungen der Landes-VP, welche Projekte in Oberösterreich durch die Mitfinanzierung des Bundes realisiert werden sollten:

■ **Zusatzmittel für die Wohnbauförderung**, um die Wartezeiten zu verringern und die von Staatssekretärin Eypeltauer in Aussicht genommenen Verschlechterungen hintanzuhalten.

■ **Bundeshilfe für den Ausbau des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Linz** (1973 sagte der Bund Bürgermeister Hillinger 500 Millionen Schilling zu!). Bis heute nicht eingelöst.

■ **Bundeshilfe für den von der Stadt Linz geplanten Ausbau einer Linzer Eishalle.**

■ **Ausbau von Bundesschulen in Oberösterreich** (Neubau der HTL in Linz und in Neufelden, Bundesschulenzentrum Linz-Süd).

■ **Mittel für den Bau der Pyhrn- und Innkreisautobahn.**

■ **Bundesmittel für den raschen Bau der Kaserne Kirchdorf.**

■ **Bundesmittel zum Bau der Sondermüllverarbeitungsanlage in Asten.**

Abschließend betonte Kukacka, daß nach Ergebnissen jüngster Umfragen auch zahlreiche Sympathisanten und Anhänger der SPÖ in Oberösterreich das sinnlose Prestigeobjekt des UNO-Konferenzpalastes in Wien ablehnen und arbeitsplatzsichernden Investitionen in Oberösterreich eindeutig den Vorzug geben.

Der Landes-VP gehe es in dieser Frage nicht um die Durchsetzung eines Justamentstandpunktes, sondern um die bessere Vertretung der Interessen der Mehrheit der Oberösterreicher, sagte Kukacka.

Das Volksbegehren gegen das UNO-Konferenzzentrum in Wien können Sie in der Woche vom **10. bis 16. Mai** in Ihrem Wohnort unterschreiben.

Zwei von drei Österreichern gegen das Konferenzzentrum

Wenn es nach dem Willen der österreichischen Bevölkerung ginge, dürfte das UNO-Konferenzzentrum in Wien nicht gebaut werden. Eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent der Gesamtbevölkerung ist der Meinung, daß das Geld für andere Zwecke verwendet werden sollte. Nur 17 Prozent halten das Konferenzzentrum für wichtig. 16 Prozent sind unentschieden. Dies ergab eine vom Institut für Wirtschaft und Politik beim IMAS-Institut in Auftrag gegebene Untersuchung, die im Rahmen der RollMa-Erhebung in der zweiten Jännerhälfte durchgeführt wurde.

Wie die Analyse zeigt, sprechen sich alle Bevölkerungsgruppen mit einer einzigen Ausnahme mit absoluter

Mehrheit gegen das Konferenzzentrum aus, in Kreisen der SPÖ-Anhänger gibt es eine sehr deutliche relative Mehrheit gegen das Konferenzzentrum. Unter den SPÖ-Anhängern sind 47 Prozent gegen den Bau, 32 Prozent dafür und 21 Prozent unentschieden. Von den ÖVP-Anhängern sprachen sich 85 Prozent für eine anderweitige Verwendung der dafür vorgesehenen Geldmittel aus, bei den FPÖ-Anhängern 79 Prozent. Für den Bau sind 5 Prozent der ÖVP- und 6 Prozent der FPÖ-Anhänger.

Selbst in der Bundeshauptstadt Wien sprechen sich 22 Prozent für das Konferenzzentrum aus, doch ist eine starke Mehrheit von 60 Prozent dagegen.



Liebe Landsleute!

Die 7,5 Milliarden, die beim Bau des Konferenzzentrums unvernünftig vergeudet werden sollen, könnten in den Bundesländern viel besser für sinnvolle Projekte eingesetzt werden. Es gibt eine ganze Reihe von fertig geplanten Bauvorhaben des Bundes in Oberösterreich: zum Beispiel die rasche Verwirklichung des Schnellbahnkonzeptes für die Pendler im oö. Zentralraum, Bundesschulen zur besseren Ausbildung unserer Kinder und ein zügiger Ausbau der Bundesstraßen, um die häufigsten Unfallgefahrenstellen zu beseitigen. Außerdem fehlt Geld für günstige Wohnungen, auf die viele junge Familien jetzt warten. Auch für die Modernisierung und den Ausbau unserer Spitäler brauchen wir Geld — die Gesundheit ist viel wichtiger als das UNO-Konferenzzentrum. Übrigens: 1973 wurden der Stadt Linz für den Krankenhausbau 500 Millionen vom Bund zugesagt — bis heute wurde dieses Versprechen nicht eingelöst.

Und da sollen wir Oberösterreicher für dieses unsinnige Projekt zahlen, das 7,5 Milliarden kostet und nach Fertigstellung täglich eine Million Betriebskosten verschlingen wird? Wenn es um die Interessen aller Oberösterreicher geht, müssen wir zusammenstehen! Als Landeshauptmann bitte ich Sie daher dringend: Treten Sie ein für Ihr Recht und verhindern Sie diese Verschwendung. Unterschreiben auch Sie in der Woche vom 10. — 16. Mai das Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum. Denn jetzt zählt jede Unterschrift!

LH Dr. Josef Ratzenböck

Wählerservice: Dienst am Bürger

Die Partelen haben in den letzten Jahren eine neue und überaus wichtige Funktion zusätzlich erhalten, nämlich die Dienstleistungsfunktion der Partei.

Diese Dienstleistungsfunktion der Partei ist in der modernen Gesellschaft durch die Fülle der Gesetze und Verordnungen, aber auch der Förderungsmaßnahmen und staatlichen Hilfen und Unterstützungen immer bedeutsamer geworden. Ist es doch so, daß es viele Hilfen der

öffentlichen Hand, aber auch vieler privater Stellen gibt, die vielen Bürgern, aber insbesondere vielen Menschen, die auf diese Hilfen angewiesen wären, unbekannt sind. Dazu kommt noch, daß sich sehr viele Leute bei den schwierigen gesetzlichen Bestimmungen nicht aus-

kennen und auf Grund dieser Schwierigkeiten oft voreilig aufgeben, ihr Recht durchzusetzen. Viele Millionen Förderungsmittel, Subventionen und Beihilfen sind dadurch dem Staat erspart geblieben, weil er es verstanden hat, durch umständliche bürokratische Vorgangsweisen den Bürger von seinem Recht abzuhalten, ihn zu verschrecken, zu verängstigen und hilflos zu machen.

● Eine der wichtigsten Aufgaben des Wählerservice ist es daher, sich des einzelnen anzunehmen und ihm dabei zu helfen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Dienst am Bürger ist und bleibt ein vordringliches politisches Anliegen der Volkspartei.

Geld für IHR WOHNEN

Wohnbauförderungsgesetz 1968

Nach diesem Gesetz können Wohnhausneubauten gefördert werden. Für ein Einfamilienhaus gibt es S 200.000,— und für jede weitere Person um S 10.000,— mehr (z. B. Ehepaare mit zwei Kindern S 230.000,—). Für die zweite Wohnung werden 50 Prozent Förderung der ersten Wohnung gewährt. Laufzeit 50 Jahre, Verzinsung 0,5 Prozent. Diese Beträge erhöhen sich ferner um 5 Prozent bei Errichtung eines Schutzraumes. Für zusätzliche Hypothekendarlehen in der Höhe von max. 45 Prozent der Gesamtbaukosten mit 20-jähriger Laufzeit gibt es noch einen Annuitätenzuschuß von 30 Prozent.

Landes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds, Fertigstellungskredite

Zum Ausbau bzw. zur Fertigstellung eines neuen Wohnhauses kann nach dem genannten Gesetz ein Darlehen beantragt werden. Pro Wohnung gibt es S 100.000,— mit einer Verzinsung von 3 Prozent in den ersten 5 Jahren, 5 Prozent ab dem 6. Jahr der Tilgung. Laufzeit 10 bis 30 Jahre.

Altwohnhausreparaturfonds

Diese Kreditmöglichkeit gilt für alle Wohnhäuser, die über 40 Jahre alt sind. Es werden fol-

gende Arbeiten gefördert: Dachreparaturen, Außenputz, Fensterstöcke, Türstöcke und Fußböden erneuern. Das Darlehen wird bis zu einer Höhe von 60 Prozent des Kostenvoranschlages gewährt, jedoch höchstens S 80.000,—. Die Verzinsung beträgt 3 Prozent in den ersten 5 Jahren, 5 Prozent ab dem 6. Jahr der Tilgung. Laufzeit zwölf Jahre.

Zinsenzuschüsse: Für Häuser mit einer Wohnung wird ein Zinsenzuschuß bis höchstens S 80.000,—, für Häuser mit zwei Wohnungen bis höchstens S 150.000,— und für Häuser ab drei Wohnugen bis höchstens S 200.000,— für Bankdarlehen, die für die Instandhaltung aufgenommen werden, in der Höhe von 6 Prozent gewährt. Dieser Zuschuß vermindert sich ab dem 6. Jahr der Tilgung um 2 Prozent. Laufzeit des Darlehens: 10 Jahre.

Die Höhe des zu bezuschussenden Darlehens darf maximal 60 Prozent der anerkannten Instandsetzungskosten betragen.

Wohnungsverbesserungsgesetz

Mit diesem Gesetz können Altwohnungen modernisiert werden. Gefördert werden der Einbau von Zentralheizungen, Wasserleitungen, Lichtleitungen, der Einbau eines Bades und sanitärer Einrichtungen. Seitens des Landes können dafür 40 Prozent Annuitätenzuschuß gewährt werden.

Kredite zum Ankauf eines Baugrundes für Jungfamilien

oder Familien mit mindestens drei Kindern (Formel $35 + 3 - \text{Kredithöhe}$ S 50.000,—, Laufzeit sechs oder zehn Jahre, zinsenfrei).

Beihilfe zur Hausstandsgründung für Jungfamilien

Nach dieser Förderung wird ein Zinsenzuschuß von 4 Prozent für einen Kredit von höchstens S 40.000,— gegeben (Laufzeit drei oder fünf Jahre).

Eigenmittellersatzdarlehen

Für nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 geförderte Wohnungen (Miet-, Eigentumswohnungen, Eigenheime) ist ein Baukostenzuschuß (der Eigenmittelanteil beträgt 10 Prozent der Baukosten) zu entrichten.

Das EIGENMITTELER SATZ-DARLEHEN wird mit 20 Jahren Laufzeit und zinsenlos bewilligt.

Neuerungen bei der Gewährung der Wohnbeihilfe

Die Wohnbeihilfe besteht aus dem Unterschiedsbetrag zwischen tatsächlichem Wohnungsaufwand und zumutbarem Wohnungsaufwand, wobei sich der zumutbare Wohnungsaufwand aus dem Familieneinkommen, der Nutzfläche der Wohnung, der Haushaltsgröße und aus

der derzeitigen Wohnungsaufwandsbelastung errechnet.

Was sind die Grundvoraussetzungen für eine Förderung?

- Wohnungsbezieher muß österreichischer Staatsbürger sein
- Wohnung (Eigenheim) muß nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968
- nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954
- nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz
- aus Mitteln des OÖ. Landes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds (Direktdarlehen und Zinsenzuschüsse), wenn es sich um Jungfamilien (unter 35) oder kinderreiche Familien (ab drei Kindern) bzw. soziale Härtefälle handelt; § 2 Abs. 1 lt. Richtsatzabkommen derzeit höchstens S 1.655,—
- mit einem Wiederaufbaudarlehen
- mit einem Darlehen aus dem Bundes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds errichtet oder gefördert sein

Für aufgenommene landwirtschaftliche Förderungsmittel gibt es für die Bewilligung einer Wohnbeihilfe eigene Richtlinien.

Informationen und Antragsformulare erhalten Sie beim ÖVP-Wählerservice, Linz, Obere Donaulände 7—9.

Jederzeit Information, Beratung und Hilfe durch das Wählerservice der ÖVP!

Wählerservice der ÖVP

4020 Linz, Raiffeisenhof, Obere Donaulände 7
Telefon 0 73 2 / 71 3 11,
Kl. 13 Dw.

Änderung bei Wohnungsverbesserung

Infolge der beschränkt zur Verfügung stehenden Budgetmittel für Maßnahmen der Wohnungsverbesserung werden für die nachstehend zu fördernden

Verbesserungsarten Pauschalbeträge festgelegt:

1. Für die Errichtung von Heizungs- und Zentralheizungsanlagen maximal S 800,— pro

Quadratmeter Wohnnutzfläche, höchstens jedoch S 100.000,— für eine Wohnung; für zwei Wohnungen maximal S 130.000,—.

Wird eine Warmwasseraufbereitung in Verbindung mit der Heizanlage errichtet, so erhöhen sich die förderbaren Kosten um S 5.000,—.

2. Für die Errichtung und Ausstattung von Sanitäranlagen (Bad und WC) maximal S 45.000,— zuzüglich maximal S 20.000,—, wenn bauliche Maßnahmen zu setzen sind;

wird eine WC-Anlage getrennt errichtet, S 20.000,—.

3. Der Austausch von Fenstern zur Erreichung eines höheren

Wärme- und Schallschutzes wird nur an Wohnungen gefördert, deren Baubewilligung vor mindestens 20 Jahren erteilt wurde.

Förderung energiesparender Maßnahmen durch Landeszuschüsse

Land Oberösterreich fördert energiesparende Maßnahmen durch Beihilfen und Annuitätenzuschüsse

Wenn der Einbau einer Heizungs- oder Warmwasseraufbereitungsanlage mit Wärmepumpen oder durch Verwertung von Solarenergie vorgenommen wird, können die angeführten Förderungen durch **Beihilfen** bzw. **Annuitätenzuschüsse** beantragt werden.

1. Förderung im Rahmen der Wohnbauförderung

Wird ein Wohnhaus neu gebaut und sind energiesparende Maßnahmen durch Einbau von **Wärmepumpen** oder **Solarenergie** vorgesehen, sind die Kosten hierfür in die Gesamtbaukosten miteinzubeziehen. Die Förderung besteht in diesem Fall in einer **Erhöhung** der Annuitätenzuschüsse, weil sich ja die Gesamtbaukosten erhöhen. Wohnhäuser, die nach dem

Wohnbauförderungsgesetz 1968 gefördert wurden, im Bau und noch nicht abgerechnet sind, können noch miteinbezogen werden.

2. Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969

Wurde die Baubewilligung für ein Wohnhaus vor dem 1. Jänner 1974 erteilt und wird es jetzt mit energiesparenden Maßnahmen ausgestattet, wird diese Maßnahme durch einen

40prozentigen Annuitätenzuschuß für ein Bankdarlehen mit 12jähriger Laufzeit gefördert.

Solaranlagen werden — unabhängig von der Größe der Anlage und von der Gesamthöhe der Kosten sowie der Anzahl der zu versorgenden Wohnungen — mit einem **Pauschalbetrag** von S 60.000,— (höchstens jedoch den Kosten der Anlage) gefördert, **Wärmepumpen** mit einem Pauschalbetrag von S 100.000,—.

Förderung durch den OÖ. Landes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds

Ist eine Förderbarkeit weder im Rahmen der Wohnbauförderung noch nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz möglich, wird die dritte Möglichkeit — nämlich eine Bezuschussung durch den Landes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds — zu wählen sein. Die Bestimmungen sind hier folgendermaßen:

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1980 ist für den Einbau einer Heizungs- oder Warmwasseraufbereitungsanlage mit Wärmepumpe oder mit Verwertung von Solarenergie eine Landesförderung vorgesehen. Die Förderung besteht in der Gewährung eines einmaligen, nicht rückzahlbaren **Bauzuschusses** von S 20.000,— bei der Verwendung von Wärmepumpenanlagen und von S 12.000,— bei Solaranlagen. Auch hier ist — wie bei der Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz — eine Wirtschaftlichkeitsberechnung dem Amte vor-

zulegen. Der Förderungswerber ist verpflichtet, Rechnungen oder sonstige Nachweise über die Kosten der geförderten Anlage innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung dem Amte vorzulegen.

Der einmalige, nicht rückzahlbare Bauzuschuß beträgt demnach S 20.000,— bei Verwendung einer **Wärmepumpenanlage**, wenn die Kosten dieser Anlage mindestens S 50.000,— betragen, und (oder) S 12.000,— bei Verwendung von **Solaranlagen**, wenn die Kosten mindestens S 30.000,— betragen.

Diese Anlagen sind nur förderbar, wenn sie für **Wohnungen**, die dauernd und regelmäßig bewohnt werden, verwendet werden.

Das Wohnungsbegünstigungsgesetz

sieht die vorzeitige, begünstigte Rückzahlung staatlicher Wohnbaudarlehen vor, wurde von unserem Landeshauptmann Dr. Ratzenböck entworfen und wurde bis 31. Dezember 1982 verlängert.

Diese Anlagen müssen eine Verminderung des konventionellen Energieverbrauches bewirken.

Energiesparen

Das Land Oberösterreich hat Begünstigungen für energiesparende Maßnahmen in Wohnbauten vorgesehen. Die Regierung hat die Mehrwertsteuer für Strom, Gas und Heizöl von 8 auf 13 Prozent erhöht. Der Unterschied: ÖVP hilft sparen — SPÖ schröpft!

Ausschneiden — auf Postkarte kleben — senden an:
ÖVP-Wählerservice, Obere Donaulände 7, 4020 Linz.

Gewünschtes bitte ankreuzen!

Ich bitte um Übersendung von Unterlagen über

- | | |
|---|---|
| ☐ Wohnbauförderung | ☐ Beihilfe zur Hausstandsgründung |
| ☐ Landes-Wohnungs- und -Siedlungsfonds | ☐ Eigenmittellersatzdarlehen |
| ☐ Altwohnhausreparaturfonds | ☐ Elektrifizierungsbeihilfe |
| ☐ Wohnungsverbesserungsgesetz | ☐ Wohnbeihilfe |
| ☐ Kredite zum Grundankauf | ☐ Förderung energiesparender Maßnahmen |

Absender:

Telefon:



Kommen Sie in meinen Sprechtag jeden Dienstag vormittags im Linzer Landhaus, wenn Sie Wohnbauprobleme haben. Ich helfe Ihnen gern.

LH Dr. Josef Ratzenböck
Tel. 0 73 2 / 72 00